WINDENERGIE

Gesperrte Waldwege

Mit einem neuen Erlass bremst Baden-Württemberg den weiteren Ausbau der Windenergie. Weil die Landschaft „verspargelt“ werde und „Solar- sowie Wasserkraft“ die besseren regenerierbaren Energiearten für das Ländle seien, sperrte die Stuttgarter Landesregierung die Waldwege in Staatsforsten für den Transport von Windkraftanlagen. Als Erstes traf der Erlass die Abo Wind AG aus Wiesbaden, die noch 2003 die Genehmigung zur Benutzung eines 4,5 Kilometer langen Forstwegs für fünf geplante Mühlen auf der „Teufelshöhe“ bei Rastatt bekommen hatte. Obwohl dort sonst Holzlaster mit bis zu 40 Tonnen Gewicht verkehren, wurde die Transportgenehmigung jetzt einkassiert. Auch an anderen Orten sind laufende Projekte gefährdet, obgleich das Land bislang selbst Vorranggebiete für die umstrittenen Mühlen, überwiegend in Staatsforsten, ausgeweisen hat. Die Firmen wollen deshalb gegen den Erlass klagen. Eine Anlieferung per Helikopter ist bei höherem Kostenaufwand zwar für die Windflügel, nicht jedoch für die schweren Maschinengondeln möglich. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) sieht die möglichen Verluste aus den Investitionsruinen gelassen. „Jeder wusste, was ich für eine Meinung zur Windenergie habe – die gehört an die Küste und nicht in unser Land.“

ERWIN ELSNER / DPA

Teufel

HONK-PRESS / ACTION PRESS

Lehrwerkstatt (in Saarbrücken)

AUSBILDUNGSPLATZABGABE

Absurde Höhen

Ein Rundungsfehler in der komplizierten Formel zur Berechnung der geplanten Ausbildungsplatzabgabe könnte für die Unternehmen fatale Auswirkungen haben. Nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) wachsen die Kosten für Betriebe, die die nötige Lehrlingsquote von sieben Prozent nicht erreichen, mit steigender Beschäftigtenzahl gewaltig. Nach den Zahlen eines „Ausbildungsplatzabgaberechners“, den der DIHK im Internet zur Verfügung stellt, muss ein Unternehmen mit 100 Beschäftigten, das statt der geforderten 7 Lehrlinge nur 6 ausbildet, 4551 Euro Abgabe zahlen. Ein Betrieb mit 1000 Mitarbeitern und 69 Azubis muss für die eine nicht besetzte Lehrstelle 9671 Euro bezahlen, und bei 10 000 Beschäftigten kostet die fehlende Lehrstelle schon 60 867 Euro. Völlig absurd wird es in einem Konzern mit 100 000 Mitarbeitern, aber nur 6999 Azubis. Die Ausbildungsplatzabgabe würde dann bis auf 572 836 Euro steigen. Ursache für die Diskrepanz ist das Bestreben des federführenden Bildungsministeriums, die komplizierte Rechnung einfacher zu machen. Eine Verhältniszahl, mit der errechnet wird, um wie viel ein Lehrling die Strafzahlung mindert, ist abgerundet worden. Tatsächlich müsste sie aber bis auf mehrere Stellen hinter dem Komma angegeben werden, um das Auseinanderklaffen der Abgabe zu verhindern.

HANDEL

Konsumflaute trifft Discounter

Scheinbar spurlos war die Konsumflaute der vergangenen Jahre an den Discountriesen im deutschen Einzelhandel vorbeigegangen. Doch nun hat die Zurückhaltung der Verbraucher offenbar auch die Billiganbieter erfasst. Bereits zum zweiten Mal hintereinander, so hat das Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK ermittelt, müssen sich Aldi, Lidl und Co. mit nur noch mäßigem Zuwachs begnügen. Nach einem Plus von zwei Prozent im Januar floss nach Berechnungen der GfK im Februar sogar nur noch ein Prozent mehr Umsatz in die Kassen der Discounter – zum Jahresende 2003 lag der Zuwachs noch bei fünf Prozent. Besonders hart getroffen wurde die Lidl-Kette, die im Februar laut GfK sogar ein leichtes Minus von 0,5 Prozent verbuchen musste. Nach Ansicht der Nürnberger Handelsexperten sind die jüngsten Zahlen ein Indiz dafür, dass die Discounter ihr Kundenpotenzial inzwischen „weitgehend ausgeschöpft“ haben und sich nun zunehmend selbst Konkurrenz machen. Wie hart der Kampf geworden ist, zeigt sich im aktuellen Preiskrieg um Oster-Artikel. Vergangene Woche senkte Aldi die Preise seines Oster-Sortiments um bis zu 35 Prozent – nachdem Lidl seine Waren zuvor um bis zu 30 Prozent reduziert hatte.

VOLKMAR SCHULZ / KEYSTONE